

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 05.12.2013

AN/1498/2013

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

| Gremium | Datum der Sitzung |
|----------------|--------------------------|
| Rat | 17.12.2013 |

Keine Privatisierung bei den städtischen Kliniken

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Roters,

die Fraktion DIE LINKE bittet Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnung der kommenden Ratssitzung aufzunehmen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln fordert die von ihm entsandten Mitglieder des Aufsichtsrates der Kliniken der Stadt Köln gGmbH auf, darauf hinzuwirken

1. dass der Aufsichtsrat die Klinikverwaltung beauftragt, die Ausschreibung von Dienstleistungen im Bereich der Küchen und Reinigung nicht zu vollziehen, sondern zurückzunehmen.
2. dass diese Leistungen weiter von den Kliniken und ihren Beschäftigten selbst erbracht werden.
3. dass es keine weiteren Privatisierungen und Ausgründungen bei Reinigung, Küche und sonstigen Bereichen gibt.

Begründung:

Als Begründung für die Ausschreibung in den Bereichen Küche und Reinigung werden seitens des Kaufmännischen Geschäftsführers der Kliniken, Lovenfosse-Gehrt, Ansprüche von Patienten an Hygiene und Qualität der Küche angeführt (KStA vom 5.8.2013).

Tatsächlich geht es bei Privatisierungen nicht um Qualität, sondern um die – meist nur kurzfristige – Senkung der Kosten. Die Erfahrungen der letzten Jahre und Jahrzehnte haben schon gezeigt,

dass private Anbieter es nicht besser können. Die Standards zuvor öffentlicher Dienstleistungen sind nach der Ausgliederung vielfach niedriger und für die öffentlichen Auftraggeber sogar teurer.

Zudem führen solche Ausgliederungen meistens zu einer Absenkung der Einkommen der Beschäftigten. Wenn ein privater Anbieter eine Dienstleistung übernimmt, dann will er diese Dienstleistung nicht nur kostendeckend anbieten, sondern damit einen Profit erzielen, muss also – stärker als die öffentliche Einrichtung selbst – seine Kosten senken oder die Einnahmen erhöhen. Das geht nur über die nominelle oder faktische Senkung von Personalkosten (z. B. durch Leistungsverdichtung), durch die Absenkung von Qualitätsstandards oder indem er höhere Einnahmen (z. B. durch die Erhöhung von Preisen) durchsetzt.

In den letzten Monaten war der Fall der Firma Klüh Clinic Service GmbH häufiger in der Kölner Presse erwähnt. Diese Firma reinigt seit 2009 Stationen und Flure der städtischen Kliniken in Merheim, Holweide und der Kinderklinik Amsterdamer Straße.

Die Firma hat im September 2013 die Zeit reduziert, in der eine bestimmte Fläche in den Kliniken gereinigt werden muss. Eine Station muss jetzt in 2 Stunden und 45 Minuten geputzt werden, vorher waren es 3 Stunden und 25 Minuten. In dieser Zeit ist die Reinigung nicht zu schaffen. Um die Arbeit zu erledigen, müssen die Beschäftigten häufig länger arbeiten – unbezahlt. Somit hat Klüh die Löhne auf kaltem Wege gekürzt.

Hintergrund ist, dass der von der IG BAU ausgehandelte Tarifvertrag im Reinigungsgewerbe allgemeinverbindlich ist und per Gesetz von Klüh einzuhalten ist. Die Tarifsteigerung vom Januar 2013 führte zu einer Reduzierung der Profite von Klüh. Diesen Verlust will die Firma mit dem Trick der Stundenkürzung zu Lasten der Beschäftigten ausgleichen.

Die zeitweilig hohen Verluste der Kliniken der Stadt Köln gGmbH sind nicht durch eine „zu teure“ Reinigung oder übertrieben hohe Personalkosten entstanden. Sie sind das Ergebnis einer strukturellen Unterfinanzierung der Krankenhäuser, verbunden mit sehr hohen Kosten für einen umfangreichen Neubau, den die Kliniken aus eigener Kraft stemmen mussten. Dies darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten und der Patienten ausgetragen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.
Jörg Detjen
Fraktionssprecher

Gez.
Gisela Stahlhofen
Fraktionssprecherin